



Prof. Dr. Bernd Manuel Weischer ist ehemaliger Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Tunesien und Marokko.



Dr. Helmut Reifeld ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Marokko.

DEMOKRATISIERUNGSTENDENZEN IM MAGHREB

Bernd Manuel Weischer / Helmut Reifeld

Der politische und soziale Umbruch, der sich seit Dezember 2011 in fast allen Staaten der Arabischen Welt vollzieht, hat unterschiedliche und teilweise weit zurückreichende Ursachen. Die anfängliche Vermutung eines „Domino-Effekts“ wurde sukzessive abgelöst von der Erinnerung daran, dass es neben einigen Parallelen in jedem Land auch viele Besonderheiten gibt. Schon jetzt zeigt sich vielfach eine Gleichzeitigkeit von Phänomenen trotz nicht vergleichbarer Rahmenbedingungen. Die meisten Parallelen lassen sich hinsichtlich der Ursachen aufzeigen. Hierzu gehören vor allem die desolaten Lebensbedingungen insbesondere junger Menschen, deren hohe Arbeitslosigkeit und fehlenden Freiheitsrechte. Verschärft wird diese Situation durch eine übermächtige Korruption und die Verweigerung von demokratischer Teilhabe durch autoritäre Regime. Aber was den Umgang mit diesen Problemen betrifft, sind die Unterschiede unübersehbar. Sie reichen vom weitgehend friedlichen Weg der Reform, wie in Marokko, bis hin zum Krieg gegen das eigene Volk, wie in Syrien. Für Deutschland ebenso wie für die übrigen Staaten der Europäischen Union ist diese Entwicklung von großer Bedeutung. Die Demokratisierung in der MENA-Region, also im Nahen Osten und Nordafrika, zu unterstützen, liegt im genuinen Interesse aller europäischen Staaten. Um jedoch sowohl in der Analyse als auch in der Umsetzung von Maßnahmen den Problemen gerecht zu werden, werden noch zahlreiche, nachhaltige und differenzierte Anstrengungen nötig sein.

Bei einer Betrachtung der drei Kernstaaten des Maghreb, Marokko, Algerien und Tunesien, gilt es, Parallelen und Besonderheiten auseinanderzuhalten. Es sollte auch daran erinnert werden, dass die arabischen Monarchien – mit Ausnahme Saudi-Arabiens – weitaus liberalere Systeme

waren als die anderen arabischen Staaten, die nach der Unabhängigkeit mehr oder weniger schnell in rigiden Militärdiktaturen endeten. Dort, also in Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten, Syrien und Jemen, sind heute die meisten Aufstände zu verzeichnen. Auch der Irak gehörte dazu, wenngleich die Entwicklung nach den zwei Golfkriegen hier eine andere Richtung nahm.

MAGHREBINISCHE RETROSPEKTIVE

Bereits vor der Unabhängigkeit verliefen die Entwicklungen in den originären Maghrebstaaten keineswegs einheitlich. Im Unterschied zu Marokko und Algerien war in Tunesien die Nationalbewegung nicht an den Islam gebunden. Trotz Errichtung des französischen Protektorates blieb der Bey von Tunis als Vasall des türkischen Sultans Souverän des Landes, der sich auf das Militär und die Theologen stützte. Der als Erneuerer bekannt gewordene Khairuddin Pascha, der von 1873 bis 1877 Premierminister war, führte Reformen im Militär-, Finanz- und Erziehungsbereich durch, besonders durch die Gründung des Collège Sadiki im Jahre 1875 als Zentrum der jungen Elite, die dort sowohl eine islamische als auch eine moderne französische Erziehung genoss und diese Doppelkultur beibehalten wollte. Die Absolventen dieses Collège stellten in den folgenden Jahren die Politiker und Führungskräfte des Landes. Im Jahr 1907 wurde die Bewegung der Jungtunesier geboren aus der Enttäuschung heraus, dass die Forderungen nach Rechtsgleichheit mit den Franzosen nicht erfüllt wurden. Bis zum Ersten Weltkrieg wurde das französische Protektorat, von dem man die Befreiung aus der Rückständigkeit erwartete, aber nicht in Frage gestellt. Die Jungtunesier fanden kaum Anklang bei den Massen. Im Jahr 1920 wurde die Destour, die Freiheitliche Verfassungspartei (Parti Libéral Constitutionnel) gegründet. Ihre Mitglieder sahen sich zwar als säkularisierte Nationalisten an, wollten aber auch in gewisser Weise die Religion respektiert wissen.

Die Bewegung der Jungtunesier wurde 1907 aus der Enttäuschung heraus geboren, dass die Forderungen nach Rechtsgleichheit mit den Franzosen nicht erfüllt wurden.

Im Jahr 1934 spaltete sich die Parti Libéral Constitutionnel (meist Neo-Destour genannt) unter Habib Bourguiba ab. Diese Partei war ausgesprochen laizistisch und wollte die Trennung von Staat und Religion nach französischem

Der tunesische Sozialismus strebte ohne eine soziale Revolution die Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung durch eine evolutionäre sozialistische Entwicklung an.

Muster. Ähnliche Tendenzen gab es zur selben Zeit auch in Algerien. Die einflussreiche und schon damals zahlenmäßig starke Gewerkschaftsbewegung war sozialistisch und nicht islamisch, was sicher auch einen Einfluss auf die Ideologie der Partei hatte. Nach der Unabhängigkeit im Jahr 1956 wurde der Bourguibismus zur Ideologie des Kleinbürgertums. Da die antikolonialistische Komponente allmählich verblasste, musste eine neue Idee hinzugefügt werden: der tunesische Sozialismus, der ohne soziale Revolution die Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung durch eine evolutionäre sozialistische Entwicklung anstrebte. So wurde die Partei 1964 in Parti Socialiste Destourien (PSD) umbenannt. Nach dem Scheitern des sozialistischen Wirtschaftskonzepts unter Ahmed Ben Salah wurde auch diese Komponente hintangesetzt. Es fand eine Entwicklung zu einem ethnozentrischen Nationalismus statt, in den arabische und auch islamische Elemente eingebracht wurden. Man sprach nun von der arabischen *Umma* (Nation) und von der tunesischen Nation und vor allem von der tunesischen Kultur und Authentizität. Daneben wurde oft auch von der maghrebischen Einheit gesprochen, wenngleich das lange Zeit nur als verbaler Akt aufzufassen war, denn die politischen Unterschiede zwischen der marokkanischen Monarchie, der so genannten volksdemokratischen Republik Algerien und der bürgerlichen Republik Tunesien wie auch die landesspezifischen Probleme der einzelnen Staaten waren zu groß, als dass sie eine gemeinsame maghrebische Aktion gestattet hätten. Es hieß des Öfteren im Maghreb: Im antikolonialen Kampf war die Maghreb-Idee eine unserer tragenden Ideen, nach der Befreiung war jeder Staat nur noch mit sich selbst beschäftigt.

BESONDERHEITEN TUNESIENS

Das System Bourguibas war zu Anfang weniger ein autoritäres als vielmehr ein paternalistisches System. Die Reformbewegungen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden weitergeführt, als Bourguiba von den fünf Pfeilern sprach, auf denen die moderne tunesische Politik beruhe:

1. Die Emanzipation der Frau. Die tunesische Frau ist rechtlich dem Mann gleichgestellt (entgegen dem islamischen Recht), was unter anderem für den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft Tunesiens allgemein bedeutende Konsequenzen nach sich zog. Verglichen mit dem Personenrecht in anderen arabischen Ländern, handelt es sich um die fortschrittlichste Rechtsreform westlichen Musters auf diesem Gebiet. Sie war Teil der von Habib Bourguiba intendierten Säkularisation des Staatswesens.
2. Das Gleiche gilt für die Auflösung der Habous, der frommen, religiösen Stiftungen, die mit der napoleonischen Säkularisation in Europa von 1803 verglichen werden können. Es ging darum, im Zuge der Trennung zwischen Islam und modernem Staat die brachliegenden „Kirchengüter“ in den Wirtschaftsprozess einzubeziehen.
3. Die Einführung einer *Economie mixte*, die mit einer Abschaffung des Patronates traditioneller Prägung und feudaler Strukturen einherging und die Grundlagen für die Entwicklung einer modernen Industrie und Wirtschaft in Tunesien legte.
4. Die Annahme der politischen Philosophie Europas. Hierbei ist allerdings festzuhalten, dass die politische Philosophie der Aufklärung, vor allem französischer Prägung, zwar grundsätzlich als Modell für die tunesische Politik mit ihren säkularen Ideen akzeptiert und – trotz der Pressionen seitens der islamischen Integristen – beibehalten wurde. Dies besagt aber nicht, dass Tunesien sich dem Konzept der europäischen, sprich westeuropäischen, Strategie angeschlossen hat.
5. Das Ideal einer Politik des Gleichgewichts. Dieses Ideal wurde vom Staatspräsidenten und von den politisch Verantwortlichen immer wieder in unzähligen Reden und Statements beschworen und auf außenpolitischem Gebiet in einer als außerordentlich zu bezeichnenden Anpassungsfähigkeit auf die einzelnen, zum Teil sehr komplexen politischen Situationen und diplomatischen Herausforderungen realisiert.

Die Ausgewogenheit und Originalität der tunesischen Außenpolitik, die mit einer erstaunlichen Kontinuität einherging und keine wirklichen Brüche aufzuweisen hatte, haben sich positiv auf die Entwicklung des Landes nach der Unabhängigkeit ausgewirkt. Die Dekolonisation endete nicht in einer abrupten Abkehr von der ehemaligen Kolonialmacht oder von Europa allgemein, sondern mündete in eine neue Phase partnerschaftlicher Zusammenarbeit.

Nicht von der Hand zu weisen ist ferner, dass Bourguiba vermutlich als der brillianteste arabische Staatsmann des 20. Jahrhunderts in die Geschichte einging, und zwar vor allem aus drei Gründen: Erstens stand er für die Trennung von Religion und Staat. Er aß zum Beispiel einmal ostentativ

Bourguiba stand in Opposition zu der damals vom ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser vertretenen Vorstellung einer einzigen arabischen Nation und warb für die Eigenstaatlichkeit der arabischen Länder.

während des Ramadans im Fernsehen – ein heute undenkbarer Akt! Zweitens verlangte er die Anerkennung Israels (was ihm damals den zeitweiligen Ausschluss aus der Arabischen Liga einbrachte) und die Gründung eines palästinensischen Staates in Grenzen, von denen die Palästinenser heute nur noch träumen können. Und drittens stand er in Opposition zu der damals vom ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser vertretenen Vorstellung einer einzigen arabischen Nation und warb für die Eigenstaatlichkeit der arabischen Länder.

Was ist bis zum Ende der Bourguiba-Zeit von diesen Zielen übriggeblieben? Das modernste arabische Personenstandsrecht hat bis heute Bestand. Ferner ging 1981 als das Geburtsjahr des tunesischen Pluralismus und der nationalen Entspannung in die Geschichte ein. Zum ersten Mal wurde für eine Gewerkschaft ein Generalsekretär gewählt, der nie der Staatspartei angehört hatte. Bourguiba verkündete zudem ein Mehrparteiensystem für Tunesien, das allerdings in den Wahlen vom 1. November 1981 noch keine wirklichen Ergebnisse brachte. Die außerparlamentarische Oppositionsgruppe MDS, der der heutige Staatspräsident Moncef Marzouki angehörte, das MUP und die Kommunisten kamen nicht ins Parlament. Auch war das „tolerante Tunesien“ nicht gegen die islamistische Ideologie gefeit, die eine Rückkehr zum Din wa-daula-Prinzip (Einheit von Staat und Religion) forderte. Besonders zu Ende der Bourguiba-Zeit kam es zu einer Verhärtung der Front zwischen Staat

und Fundamentalisten, von denen nicht wenige zu langen Freiheitsstrafen ins Gefängnis wanderten.

Nach Ben Alis Machtübernahme 1987 wurde zunächst ein vorsichtigerer Kurs gegenüber den Fundamentalisten gefahren, die sich seit Anfang der 1980er Jahre im Mouvement de Tendance Islamique (MTI) zusammengefunden hatten. Der neue Staatspräsident gab sich sehr viel islamischer als sein Vorgänger. Die Islamisten, deren Führer Rachid Ghanouchi seit Jahren im Ausland zwischen Iran, Libyen, Irak und den USA hin- und herpendelte, behaupteten, sie seien seit ihrem Erfolg bei den Wahlen am 2. April 1989 verstärkter Repression ausgesetzt. Bei diesen Wahlen hatten sie als Unabhängige auf Anhieb zwischen zehn und 20 Prozent der Stimmen bekommen, in Unterschichtsvierteln sogar noch weit mehr. Der MTI, der sich als Hizb an-nahda (Partei der Renaissance) konstituierte, wurde nie offiziell zugelassen, obwohl die Partei immer wieder erklärte, dass sie entgegen der Behauptung der Regierung keine religiöse Bewegung, sondern eine politische Partei sei, die ihr Programm nicht unbedingt auf den Islam, sondern auf die konstitutionellen Freiheitsrechte und die Beseitigung der sozialen Ungerechtigkeiten und der Korruption ausgerichtet habe.

Danach war es Ben Ali, der Tunesien allmählich in eine Diktatur des Sicherheitsbereichs umwandelte. Er selbst gehörte dem Militär an. Nach seiner Zeit als Militärattaché an der tunesischen Botschaft in Warschau befehlig-

Nach seiner Zeit als Militärattaché an der tunesischen Botschaft in Warschau befehligte Ben Ali als Staatssekretär im Innenministerium die Geheimdienste und bereitete so den Umsturz vor.

te er als Staatssekretär im Innenministerium die Geheimdienste und bereitete so den Umsturz vor. Kurz zuvor wurde er vom senil gewordenen Staatschef Bourguiba zum Premierminister ernannt, was die konstitutionelle Voraussetzung war, seinen Förderer im Herbst 1987 zu entmachten. Seitdem wurden in Tunesien die Menschenrechte eingeeengt nach dem Motto „Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“, was nicht nur die Linke und die islamistische Opposition, sondern das gesamte Volk zu spüren bekamen. Trotz der Beteuerungen des ersten Innenministers Kallal kam es zu willkürlichen Verhaftungen und Folterungen, die sich bis zum Ende der Ben-Ali-Zeit fortsetzten und noch steigerten, während der Präsident und besonders seine diebische Gattin, Leila Trabelsi, das Volk ausraubten. Die

Folgen davon sind Armut und Arbeitslosigkeit, die sich bei steigender Demografie heute nur mühsam in den Griff bekommen lassen. Diese Probleme haben alle Maghrebländer gemeinsam.

DER WEG ALGERIENS

Algerien erreichte am 1. November 1962 seine Unabhängigkeit. Die treibenden Kräfte waren damals die Arbeiterbewegung L'Etoile Nordafricaine, die Theologen um Ben Badis und vor allem der Front de la Libération Nationale (FLN). Letztere Militärorganisation war von Anfang an als einzige politische Kraft tonangebend, eigentlich bis zum heutigen Tag. Zunächst herrschte ein sozialistischer Staatskapitalismus sowjetischen Musters, der in der zweiten Amtsperiode von Chadli Benjedid (1984-1989) aufgegeben wurde. Die wirtschaftliche Umstellung konnte aber nicht

Die sozialen Aufstände 1988 ließen die Einsicht reifen, dass die Probleme nur auf einem breiten Konsens aller politischen Kräfte angegangen werden konnten.

in Kürze die desaströsen Konsequenzen des alten sozialistischen Systems beseitigen. Die sozialen Aufstände 1988 konnten zwar vom Militär blutig niedergeschlagen werden, sie ließen aber die Einsicht reifen, dass die Probleme nur auf einem breiten Konsens aller politischen Kräfte in Algerien angegangen werden konnten. Deswegen führte der Staatspräsident gegen den Widerstand in den Reihen des FLN ein Mehrparteiensystem ein. Neben dem FLN traten der Rassemblement pour la Culture et Démocratie (RCD), eine laizistische Partei unter Führung von Sadi Said und dem Front des Forces Socialistes unter Ait Ahmed, eine sozialdemokratische Partei in den Vordergrund, die von Anfang an von der immer stärker werdenden Partei der Islamisten unter Abbassi Madani attackiert wurden. Der islamistische Führer wollte mit dem Motto „Ad-demokratia Kufr“ (die Demokratie ist Unglaube) eine islamistische Einheitspartei schaffen.

Die Preisgabe des Einparteiensystems in Algerien (FLN) war sicher ein Sieg der Demokratie und machte das Land auf diesem Gebiet fast zum Vorreiter im Maghreb. Andererseits ermöglichte diese Entwicklung eine weitere Verbreitung der neuen islamistischen Ideologie mit legalen Mitteln. Der Front Islamique du Salut (FIS) konnte sich schon in den Gemeindewahlen vom 12. Juni 1990 etablieren. Mittlerweile waren Parteien und politische Gruppierungen wie Pilze aus dem Boden geschossen. Die offizielle Liste umfasste 42

Parteien. Die für den 27. Juni 1991 vorgesehenen Wahlen wurden auf Ende des Jahres verschoben. Von Anfang an war klar, dass die islamistischen Parteien antidemokratisch eingestellt waren und die Demokratie, die in Algerien gerade erst in den Anfängen war, durch eine Einheitspartei des reinen Islam ersetzt werden sollte. Außerdem wurde deutlich, dass der FIS fortschrittsfeindlich war und kein Konzept für die gravierenden Wirtschaftsprobleme hatte. Mit seiner Forderung, Parlamentswahlen mit der Präsidentschaftswahl zu verbinden, rief er den FLN auf den Plan.

Als am 26. Dezember 1991 die erste Runde der Parlamentswahlen durchgeführt wurde und der FIS 82 Prozent der Stimmen gewann, kam es zum Militärputsch. Da man einen Gottesstaat verhindern wollte – so die offizielle Erklärung, die weithin von den westlichen Massenmedien übernommen wurde, – zwang das Militär Staatspräsident Chadli Benjedid am 11. Januar 1992 abzutreten und holte einen alten Unabhängigkeitskämpfer aus dem marokkanischen Exil: Mohamed Boudiaf, der zum provisorischen Interimspräsidenten einer Phantomstruktur, der Haute Commission de l'Etat (HCE), ernannt wurde. Er war als Staatspräsident vorgesehen und sollte Ruhe bringen. Als er jedoch daran ging, die Korruption in den hohen Rängen zu bekämpfen, wurde er auf Befehl der Generäle am 29. Juni 1992 vor laufenden Kameras in Annaba von einem seiner Leibwächter ermordet. Die Schuld wurde den Islamisten in die Schuhe geschoben. Das Land versank für Jahre im Bürgerkrieg.

Ohne im Detail auf die Ereignisse einzugehen, kann heute davon ausgegangen werden, dass die größte Schuld am Desaster der führenden Militärjunta anzulasten ist, die mit ihren Strukturen, wie zum Beispiel der Direction du Contre-Espionnage (DCE) die islamistische Bewegung unterwanderte. Auch die Groupes Islamistes Armés (GIA) mit ihren Emiren wurden von ihnen unterstützt und mit Waffen ausgestattet. Selbst die in Europa großes Aufsehen erregenden Morde an den zwölf Franziskanerpatres, die zunächst den Islamisten in die Schuhe geschoben wurden, scheinen vom militärischen Geheimdienst in Auftrag gegeben worden zu sein.

Selbst die Morde an den zwölf Franziskanerpatres, die zunächst den Islamisten in die Schuhe geschoben wurden, scheinen vom militärischen Geheimdienst in Auftrag gegeben worden zu sein.

Als das Regime einsah, dass es die vom FIS schon lange geforderten ökonomischen und sozialen Forderungen der Bevölkerung nicht länger vorenthalten konnte und die gewalttätigen Lösungen (willkürliche Verhaftungen, Folter, Mord) nichts gebracht hatten, versuchte es einen neuen Anlauf und schrieb zum 16. November 1995 Präsidentschaftswahlen aus, die von General Liamine Zeroual mit angeblich 62 Prozent gewonnen wurden. Man versuchte das Wählerpotenzial des FIS durch Reformen in der Verwaltung, durch eine neue Urbanisierungspolitik und Kreierung von neuen Arbeitsplätzen, die vor allem die Jugendarbeitslosigkeit reduzieren sollten, zurückzugewinnen. Somit blieb das Regime vorerst bestehen.

Nach inneren Querelen im Regime trat Präsident Zeroual im September 1998 zurück und Aziz Bouteflika wurde im März 1999 zum neuen Präsidenten gewählt. Er ist heute noch im Amt und natürlich von der Gnade des Militärs abhängig. Er versuchte eine Versöhnung mit den Opfern des Bürgerkrieges. Schließlich ist es nicht vorstellbar, dass über Nacht mehr als 70 Prozent der Bevölkerung islamistisch und fanatisch wurden. Es ging also hauptsächlich

Die Frustration und Hoffnungslosigkeit der Jugend ist auch heute noch nicht behoben, so dass die Repression durchaus zu weiteren revolutionären Ausbrüchen führen kann.

um die Lösung sozialer Fragen und nicht um die Rückkehr zu einem rückwärts gewandten Islam zum Schaden der Liberalität der Gesellschaft. Vielmehr hat die Verantwortungslosigkeit der führenden Militärs, die für sich

die Früchte des Landes beanspruchten, zu der Katastrophe geführt. All dies ging zu Lasten der jungen Algerier, die mittlerweile fast zwei Drittel der Gesellschaft ausmachten. Die Frustration und Hoffnungslosigkeit der Jugend ist auch heute noch nicht behoben, so dass die Repression durchaus zu weiteren revolutionären Ausbrüchen führen kann. Vor diesem Hintergrund verfestigt sich jedenfalls der Eindruck, dass es sich in Algerien um eine demokratisch verbrämte Militärdiktatur handelt, um ein Regime, das sich so auf Dauer kaum halten lassen wird.

DIE MONARCHIE MAROKKO

Die Lage in Marokko unterscheidet sich deutlich von der in Algerien und Tunesien. Auch dieses Land hat soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel und vor allem ein krasses Armutsgefälle, allerdings ist die Lösung dieser

Probleme auf dem richtigen Weg. Unter der Regentschaft Mohamed VI. wurde bisher viel unternommen, um die sozialen Verhältnisse zu verbessern. Schon bald nach seiner Inthronisierung am 30. Juli 1999 bemühte er sich um eine Verbesserung der Menschenrechtssituation, insbesondere um gleiche Rechte für Frauen und um eine Versöhnung mit den Opfern aus den „bleiernen Jahren“ der Regentschaft seines Vaters, Hassan II. Durch eine neue Konstitution wurde 2011 die Demokratisierung des Landes vorangetrieben und es wurde sogar möglich, Anfang 2012 eine neue islamisch orientierte Regierung türkischen Musters durch korrekte Wahlen zu etablieren. Das war nicht immer der Fall.¹

In den 1930er Jahren bildeten sich noch unter dem französischen Protektorat mehrere Parteien: die Istiqlal (Unabhängigkeitspartei), die Parti Démocratique pour l'Indépendance (PDI) und die Partei der nationalen Reformen, die mit arabischen Parteien im Vorderen Orient in Kontakt stand. Die Parteigründer Allal Fasi, Hassan al-Ouezzani und Abdelkhalq Torres waren die Wegbereiter für die Unabhängigkeit. Allerdings gab es ein Zerwürfnis zwischen der PDI, die die Intellektuellen um sich versammelte, und der Istiqlal. Die erste optierte für ein Mehrparteiensystem, während die Volkspartei Istiqlal das Einparteiensystem favorisierte, um so – lediglich zusammen mit dem Militär – das Land zu regieren. Absprachen gab es bereits, und es wäre fast zu einer Entwicklung wie in Algerien gekommen. Dem schob Mohamed V. nach der Unabhängigkeit einen

Riegel vor. Seiner ersten Regierung gehörten Mitglieder der Istiqlal, der PDI und einige Unabhängige an. König Mohamed V. war also von Anfang an für ein Mehrparteiensystem. Bereits 1959, also drei Jahre nach der Unabhängigkeit, brach die Istiqlal auseinander. Bouabid und Ben Barka gründeten eine sozialistische Partei, die Union Nationale des Forces Populaires (UNFP), die später in Union Socialiste des Forces Populaires (USFP) umbenannt wurde. Nach dem frühen Tod Mohameds V. am 26. Februar 1961

Bouabid und Ben Barka gründeten eine sozialistische Partei, die Union Nationale des Forces Populaires, die später in Union Socialiste des Forces Populaires umbenannt wurde.

1 | Vgl. hierzu: Mohamed Tozy, *Monarchie et Islam au Maroc*, Paris 1999; Bernd Manuel Weischer, *Einblicke in Geschichte und Kultur Marokkos*, Rabat 2012; Helmut Reifeld, „Neue Regierung oder neues System? Der marokkanische Sonderweg“, *KAS-Auslandsinformationen*, 4/2012, 35-50, <http://kas.de/wf/de/33.30747> [24.04.2012].

kam Hassan II. auf den Thron. Er hatte eine andere Staatsauffassung als sein Vater. Er begann zwar sofort, die Institutionen des Königreiches zu modernisieren. Aber jede institutionelle und konstitutionelle Reform wurde dadurch erschwert, dass der Monarch als Nachfolger des Propheten ein Monarch quasi göttlichen Rechts war. Damit konnte er zwar die aufkommenden Fundamentalisten in Schach halten, da seine Person sakrosankt war und er über einen authentisch islamischen Staat herrschte. Allerdings fanden dadurch die westlichen Prinzipien des öffentlichen Rechts in der Konstitution ihre Grenzen. Die erste

Die Legitimität des Herrschers als „Prinz der Gläubigen“ stand im Gegensatz zu der des Wahlvolkes. Die Linke sprach mit einigem Recht von einem absolutistischen Regime.

Verfassung von 1962 definierte Marokko als eine konstitutionelle Monarchie mit Beteiligung von Parteien, die vom Volk zu wählen seien. Gleichzeitig wurden jedoch einige Parteien auf Geheiß des Königs gegründet, wohl um der Welt ein funktionierendes Mehrparteiensystem vorzuführen. Die Legitimität des Herrschers als „Prinz der Gläubigen“ stand im Gegensatz zu der des Wahlvolkes. Die Linke sprach mit einigem Recht von einem absolutistischen Regime. Hassan II. wollte sich aber weder von der Linken noch von der rechtsgerichteten Istiqlal, die eine Alleinherrschaft anstrebte, erpressen lassen und setzte vorerst auf die Methoden autoritärer Herrschaft, auf starke Repression und eine Welle von Verhaftungen.

Nach den sozialen Aufständen und Studentenunruhen von 1965 in Casablanca löste Hassan II. das Parlament auf, da der Gegensatz von Istiqlal und Linksparteien das politische Leben paralyisierte, und verhängte den Ausnahmezustand. Er wagte im Juli 1970 ein zweites demokratisches Experiment und legte eine neue Verfassung vor, die per Referendum angenommen wurde. Die Wahlen und Stimmabgaben waren natürlich nicht korrekt. Nach dem missglückten Militärputsch vom Juli 1971 und der Attacke General Oufkirs am 16. August 1972 auf Hassan II. begannen die so genannten „bleiernen Jahre“. Im selben Jahr hatte der Monarch eine dritte Verfassung vorgelegt, in der er das Parlament eng an den Palast anschloss. Er selbst kontrollierte die Exekutive und nahm alle Ernennungen vor. Nicht alle Abgeordneten wurden gewählt, mehrere wurden vom Palast ernannt. Diese Verfassung blieb 20 Jahre in Kraft.

Im Jahre 1988 begann der Monarch mit einem ambitionösen Programm von Privatisierungen, um die Wirtschaft anzukurbeln. Das große Problem blieb aber, dass die Nationalökonomie weitgehend von der Landwirtschaft abhängig war, noch 1997 machte sie 17 Prozent des Bruttonationalprodukts und 31 Prozent der Exporte aus. Da es zyklisch zu Trockenperioden kam, nahm die Landflucht zu, was in den städtischen Ballungszentren periodisch zu sozialen Unruhen führte – so 1981 in Casablanca, sowie 1984 in Marrakesch und im Norden. Der König versuchte, durch ein großes Staudammprogramm die negativen Auswirkungen des Klimas zu mildern. Dieses Programm gehört zu seinen größten Erfolgen. Wenn auch die Rolle der Landwirtschaft abnahm, brauchte das Land jedes Jahr ein Wachstum von wenigstens vier Prozent, wenn Armut und Arbeitslosigkeit nicht zunehmen sollten, denn die demografische Entwicklung zeigte kontinuierlich nach oben.

Was die politische Entwicklung in Marokko betrifft, wurde in den Jahren unter Hassan II. sowohl die arabisch-marokkanische Linke als auch der Einfluss durch den Nasserismus als regimegefährdend eingestuft und nach Möglichkeit eingedämmt. Demgegenüber wurde lange Zeit die Bedrohung durch den jihadistischen Salafismus sowie den klassischen pro-saudischen Salafismus (zum Beispiel um den Sheikh Maghraoui) ignoriert beziehungsweise sogar geduldet. Erst nach den Anschlägen 2003 in Casablanca haben die Verantwortlichen diese Entwicklung ernster genommen.

Erst im Verlauf der 1990er Jahre gab sich Hassan II. tendenziell demokratischer. Durch die Verfassung von 1992 mit einer Erweiterung im Jahr 1996 kam eine nachhaltige Reform zustande. Der König ernennt auf Vorschlag des Premierministers die übrigen Minister. Das Parlament bekam zwei Kammern, die Mitglieder werden vom Volk gewählt. Diese zunehmend liberalere Entwicklung machte einen politischen Wechsel möglich. So ernannte Hassan II. 1998 seinen alten politischen Gegner von den Sozialisten, Abderrahman Youssoufi, zum Premierminister. Der erste Artikel der Verfassung lautete: „Marokko ist eine konstitutionelle demokratische und soziale Monarchie“, natürlich nicht mit den nordischen Monarchien oder der Spaniens zu vergleichen. Allerdings bleibt festzuhalten,

Es bleibt festzuhalten, dass Marokko – im Gegensatz zu den Militärdiktaturen in Algerien und Tunesien – nicht erstarbte, sondern sich behutsam demokratisch entwickelte.

dass Marokko – im Gegensatz zu den Militärdiktaturen in Algerien und Tunesien – nicht erstarrte, sondern sich behutsam demokratisch entwickelte. Diese Entwicklung wurde unter Mohamed VI. deutlich verstärkt.

MAROKKOS WEG DER REFORM

Als es am 20. Februar 2011 landesweit und vor allem in den großen Städten Marokkos zu Massenprotesten kam, war vordergründig gesehen eine neue Protestbewegung geboren, die sich seitdem Mouvement 20 Février, inzwischen kurz M20, nennt. Es war ein Protest, wie es ihn vorher in Marokko noch nicht gegeben hatte, getrieben von denselben Motiven wie die Proteste in Tunesien, Ägypten und in anderen arabischen Ländern. Es ging um soziale Forderungen zur Bekämpfung der Armut, der Analphabetisierung und der Arbeitslosigkeit und damit letztlich um soziale Gerechtigkeit, um ein wirtschaftliches Gleichgewicht sowie vor allem um den Abbau der politischen Korruption und Bevormundung.

Der wichtigste Schritt nach der Thronrede König Mohameds VI. im März 2011 war die Einsetzung einer Verfassungskommission, die einen ersten Entwurf für eine neue Verfassung vorgelegt hat.

König Mohamed VI. und sein Beraterstab haben darauf sehr schnell und sensibel reagiert. Es kam sofort zu zahlreichen Neueinstellungen arbeitsloser Akademiker und zu Preissubventionen auf Grundnahrungsmittel.

Der wichtigste Schritt nach seiner Thronrede am 9. März 2011 war die Einsetzung einer Verfassungskommission, die innerhalb von drei Monaten einen ersten Entwurf für eine neue Verfassung vorgelegt hat. Diese wurde per Referendum am 1. Juli 2011 mit großer Mehrheit in Kraft gesetzt. Darin wurde erstmals das Grundprinzip der Gewaltenteilung anerkannt. Die Parteien, das Parlament und die Gerichtsbarkeit sollten demokratisiert werden. Insbesondere verpflichtete sich der König, den Premierminister aus den Reihen derjenigen Partei zu berufen, die mit den meisten Stimmen aus demokratischen Wahlen hervorgegangen ist. Er selber sollte zwar „Beherrscher der Gläubigen“ bleiben, aber nicht mehr wie bisher als „heilig“, sondern lediglich als „unantastbar“ gelten. In Glaubensfragen, ebenso wie in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, behielt er aber auch weiterhin das letzte Wort. Auf dieser Grundlage kam es am 25. November 2011 – ein Jahr früher als er-

forderlich – zu vorgezogenen Neuwahlen und anschließend zur Bildung der neuen Regierung.

Einerseits blieb die politische Lage in Marokko 2011 stabil, die öffentliche Ordnung war gewährleistet und der König erfreute sich ungebrochen großer Beliebtheit. Sein präventives Handeln fand weltweit Beachtung und sein Erscheinungsbild im Land glich eher dem eines „Bürgerkönigs“ als dem eines absoluten Monarchen. Andererseits handelte es sich für die Protestbewegung lediglich um eine Reform von oben, die die bestehende Machtarchitektur unangetastet ließ. Demonstrationen der M20 prägten auch weiterhin das wöchentliche Erscheinungsbild in den Städten. Aber fast alle verliefen gewaltfrei, und auch die Ordnungskräfte reagierten in der Regel mit großem Einfühlungsvermögen. Der Aufruf der M20 zum Boykott der Wahlen für die erste Kammer des Parlaments am 25. November wurde nicht von vielen befolgt; jedoch war die Wahlbeteiligung auch bei früheren Wahlen stets sehr niedrig.

Ohne Zweifel gab es im Vorfeld dieser Wahlen berechtigte Kritik: Nur 13,5 der ca. 20 Millionen Wahlberechtigten waren registriert. Marokkaner, die im Ausland lebten, in der Armee oder bei den Ordnungskräften dienen, sowie Gefängnisinsassen konnten gar nicht wählen. Gleichzeitig gab es zum ersten Mal eine gesetzliche Grundlage für Wahlbeobachtung. Und es war der friedlichste Wahltag in der Geschichte des Landes. Sogar die chronisch niedrige Wahlbeteiligung, die schon oft die Legitimität einer Wahl in Frage gestellt hatte, erreichte mit 45,4 Prozent einen neuen Höchstwert – trotz einer noch immer anzutreffenden Grundhaltung, die dem König fast alles und der Demokratie nur sehr wenig zutraut.

Die chronisch niedrige Wahlbeteiligung erreichte einen neuen Höchstwert – trotz einer Grundhaltung, die dem König fast alles und der Demokratie nur sehr wenig zutraut.

Wie erwartet, ging die moderat islamistische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD) als herausragender Gewinner aus den Wahlen hervor. Sie präsentierte sich unmittelbar als sehr pragmatisch und koalitionsbereit. Ihr Vorbild ist vor allem die türkische AKP. Ihr Erfolg basiert auf dem sozialen Engagement ihrer Vertreter sowie auf einer intelligenten und effizienten Kommunikationsstrategie. Mit der Parole „L'État c'est le Roi“ gelang es ihr, sich als eindeutig loyal gegenüber der Krone zu präsentieren. Angeblich soll

die PJD sogar Stimmen von der illegalen und als „fundamentalistisch“ geltenden Bewegung al-Adl wal-Ihsan (für Gerechtigkeit und Wohlfahrt) bekommen haben, die im Laufe des Jahres 2011 lange Zeit innerhalb der M20 tonangebend war. Wie sich das Spannungsverhältnis zwischen diesen beiden „islamistischen“ Kräften entwickeln wird, bleibt eine spannende Frage.

So wie sich die politische Praxis der neuen, Anfang Januar 2012 unter Führung des moderat-islamistischen Premierministers Abdellilah Benkirane (PJD) gebildeten Regierung erst noch herausbilden muss, so langsam vollzieht sich auch die Formierung einer neuen parlamentarischen Opposition. Deren Rolle sollte nach der neuen Verfassung nicht mehr gering geschätzt werden. Ihr kommen nunmehr innerhalb der Parlamentsarbeit festgeschriebene Aufgaben und Mitgestaltungsmöglichkeiten zu. Sie kann sich mehr als je zuvor in den Gesetzgebungsprozess einschalten und erstmals beanspruchen, dass ihre Gegenvorschläge im Parlament diskutiert und publik gemacht werden.

Vor diesem Hintergrund können die Verfassungsreform, die Wahlen für die erste Kammer des marokkanischen Parlaments und die Regierungsbildung als Erfolg für die Demokratisierung des Landes und seine rechtsstaatliche Verfasstheit bewertet werden. Es steht zu erwarten, dass auch

Korruption wird in Zukunft noch genauer beobachtet werden, und Parteien sollen konsequenter öffentlich zur Rechenschaft gezogen werden.

die jetzt anstehenden Wahlen für die zweite Kammer diese Entwicklung weiter stabilisieren werden, so dass die politische Ordnung Marokkos eine neue Legitimität gewinnt, die nicht durch Revolution erzwungen, sondern durch Reform erreicht werden konnte. Dies geht mit einem Gewinn an Transparenz und neuen Möglichkeiten der Partizipation einher. Korruption wird in Zukunft noch genauer beobachtet und Parteien konsequenter öffentlich zur Rechenschaft gezogen werden. Dieser Wandel wird von der Mehrheit der politischen Kräfte des Landes mitgetragen und auch von der Mehrheit der Bevölkerung positiv aufgenommen. Für die MENA-Region zeigt er, dass es unterschiedliche Wege in eine demokratische Zukunft gibt.

TUNESIEN UND ALGERIEN IM UMBRUCH

Sowohl was Tunesien als auch was Algerien betrifft, bleibt der auf eine neue demokratische Zukunft gerichtete Optimismus gedämpft. In Tunesien, das noch immer für viele der Hoffnungsträger einer demokratischen Erneuerung ist, sind zahlreiche politische und gesellschaftliche Umbrüche angestoßen, aber kaum zum Abschluss gebracht worden. Dies gilt vor allem für die sozialpolitischen Forderungen der jungen Generation der 20- bis 35-Jährigen, die bisher nur sehr begrenzt zu den Gewinnern des politischen Wandels gezählt werden können. Zwar konnten einige Türen in Richtung Demokratisierung geöffnet werden, aber noch ist nicht klar, wohin sie führen. Als politischer Gewinner muss in Tunesien, ähnlich wie in Marokko und vielen anderen arabischen Ländern, der politische Islam gelten. Die damit einhergehende Tendenz ist freilich, dass das politische Leben teilweise „demokratischer“ wird, da die Unterstützung in der Bevölkerung so stark ist wie schon lange nicht mehr, aber es wird zugleich auch sehr viel konservativer.

Was die aktuelle politische Lage in Tunesien betrifft, lässt sich diese kaum besonders optimistisch beschreiben. „Die Revolution ist noch keine Demokratie“, mit diesem markanten Satz analysierte Béji Caid Essebsi die Situation seines Landes, als er Anfang März 2011 zum Präsidenten der mittlerweile dritten Übergangsregierung nach der Revolution ernannt wurde. In der Tat war die Situation dramatisch: Die Sicherheitslage verschlechterte sich von Tag zu Tag, eine explodierende Arbeitslosigkeit und unkontrollierte Streiks waren an der Tagesordnung, inländische wie ausländische Investitionen stockten, der Tourismus brach ein und Fabriken schlossen ihre Tore. Dem Land drohte das Chaos. Nur langsam gelang es, wieder eine öffentliche Ordnung herzustellen, durch die das Land auch international neues Vertrauen gewinnen konnte. Ohne für alle wirtschaftlichen, politischen und sozialen Herausforderungen „Lösungen“ anbieten zu können, sorgte Essebsi dafür, dass der Umbruch in Tunesien eine neue Stabilisierung gewann.

„Die Revolution ist noch keine Demokratie“, analysierte Béji Caid Essebsi, als er zum Präsidenten der dritten Übergangsregierung nach der Revolution ernannt wurde.

Bei diesem Umbruch lassen sich zwei Phasen unterscheiden: Die erste, die sich auf die Stabilisierung des Landes und die Schaffung neuer, tragfähiger politischer Strukturen richtete, ist weitgehend abgeschlossen. Was die zweite Phase betrifft, in der es darum geht, eine neue „Kultur der Mehrheit“² zu schaffen, gibt es noch große Aufgaben. Weder die soziale Kohäsion in der Gesellschaft noch die politische im Parlament sind abgeschlossen. Mehrheitsparteien und Verbände wissen zwar, dass sie stärker als in den vergangenen Jahrzehnten unabhängig agieren können, doch müssen sie noch lernen, die Gesamtgesellschaft mitzunehmen. Insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis von Politik und Religion gibt es noch große Spannungen. Es gibt weder Konsens noch eine adäquate Auseinandersetzung darüber, welchen Platz Religion, Sharia und religiöse Parteien in der künftigen politischen Ordnung Tunesiens haben sollen. Die Gefahr der Anarchie ist unübersehbar, Sicherheitskräfte schauen häufig weg, und viele Tunesier erkennen ihr Land nicht wieder.

Der demokratische Wandel wird derzeit in Tunesien von den Islamisten geprägt, die hier genauso wenig homogen sind wie in den anderen nordafrikanischen Staaten. Die Ennahda, die auf der parteipolitischen Ebene die maßgebliche Rolle spielt, konnte bei den Wahlen zur Verfassungskonstituante im Oktober 2011 zwar die meisten Stimmen gewinnen, verpasste aber die absolute Mehrheit. Sie befindet sich nunmehr in einer Position, in der sie über politische und religiöse Rechte zugleich verhandelt. Damit könnte Tunesien zu einer Art Modell dafür werden, wie demokratische Werte und islamische Regeln zusammengeführt werden können. Ob und wie dies gelingt, bleibt allerdings noch abzuwarten.

Die größten Probleme Tunesiens sind derzeit nicht religiöser, sondern wirtschaftlicher und sozialer Art. Hierfür gibt es jedoch kaum Lösungen, zumal sich der Staat immer mehr aus der Verantwortung zieht. Probleme an den Grenzen des Landes dienen als Ablenkung, und die neu gewonnene Freiheit führt eher zur Anarchie als zu neuer Sicherheit. Die errungene Meinungsfreiheit gilt eben auch für die Salafisten – und diese schüren immer wieder

Die errungene Meinungsfreiheit gilt auch für die Salafisten – und diese schüren immer wieder Unruhe und träumen von einem neuen Kalifat.

2 | So Ahmed Driss bei einem Vortrag in Tunis am 21.02.2012.

Unruhe und träumen von einem neuen Kalifat. Unter der Bevölkerung führt dies zu zahlreichen neuen Identitätskonflikten. Vor allem die ältere Generation findet sich im gegenwärtigen Tunesien nicht mehr wieder. In vielen Bereichen des Alltags gibt es Rückschritte, wie zum Beispiel bei den Frauenrechten. Wenn die Islamisten den Frauen eine Beteiligungsquote von 50 Prozent versprechen, dann nur vor dem Hintergrund, dass von den 49 Frauen in der Verfassungsgebenden Versammlung 42 der Ennahda angehören. Lediglich vordergründig betrachtet mag damit die Demokratieentwicklung in Tunesien als sehr viel „weiblicher“ erscheinen als in Europa.

Auf der außenpolitischen Ebene sind ein zunehmendes Auseinanderdriften und eine Diversifikation die Regel. Hat sich Tunesien früher fast ausschließlich an Europa orientiert, so richtet sich der Blick heute – initiiert von den Islamisten – primär nach Osten, speziell auf Saudi-Arabien. Der Präsident, der Außenminister und die Vertreter der Mehrheitspartei sprechen mit verschiedenen Stimmen, nämlich einer europäischen, einer maghrebischen und einer saudi-arabischen. Der Mittelmeerdiallog tritt zurück, Israel wird ausgegrenzt. In der Außenpolitik verfolgt das Land damit völlig neue, teilweise revolutionäre Aktivitäten. Traditionell war die tunesische Außenpolitik mediatisierend; heute will man mitgestalten und teilhaben.

In der Außenpolitik verfolgt das Land völlig neue, teilweise revolutionäre Aktivitäten. Traditionell war die tunesische Außenpolitik mediatisierend. Heute will man mitgestalten und teilhaben.

Auf den ersten Blick ist auch die aktuelle Entwicklung in Algerien, ebenso wie in Tunesien, von der Kluft zwischen Tradition und Moderne geprägt. Eine Bereitschaft, dem Druck nach demokratischer Öffnung nachzugeben, ist nicht erkennbar. Ob sich daraus dennoch ein demokratischer Aufbruch entwickeln könnte, ist eine offene Frage. Auch die sozialen Probleme ähneln denen in den Nachbarstaaten, aber die wirtschaftliche Lage ist stabiler. Unverändert stark ist die rigide Kontrolle des Militärregimes. Die Stabilität im Land basiert letztlich auf militärischem Klientelismus. Bis heute hat es das Militär geschafft, seinen Einfluss unvermindert geltend zu machen, und es gab so gut wie keine gesellschaftlichen Umbrüche.

„Im Jahr 2011 hat die algerische Polizei 9.000 kleinere Ausschreitungen registriert, aber eine Revolution war nie in Sicht.“³ So beschreibt der algerische Schriftsteller Kamel Daoud ein Jahr der Stagnation. Angeblich hat es auch über 50 Selbstverbrennungsversuche gegeben, aber es entstand kein Flächenbrand. Von offizieller Seite hieß es immer wieder: „Algerien hat schon bezahlt!“ Damit sollte an die angeblichen „Errungenschaften“ des Aufstandes von 1988 erinnert werden, also an die Entstehung eines Mehrparteiensystems, Presse- und Versammlungsfreiheit, auch wenn diese bis heute sehr vordergründig geblieben sind. Was vor allem bis heute in Algerien nachwirkt, sind die gewalttätigen Auseinandersetzungen Anfang der 1990er Jahre. Hier hatten die ersten freien Wahlen in der Arabischen Welt 1991/1992 die Islamisten an die Macht gebracht – zwei Jahrzehnte früher als in Tunesien und Marokko. Die damalige militärische Unterdrückung hatte zwischen 150.000 und 200.000 Tote zur Folge. Viele Beobachter sehen darin bis heute den Grund dafür, dass der vermeintliche „Arabische Frühling“ hier kaum „Blüten“ hervorbrachte. Es fehlte schlicht an Bereitschaft zum Handeln und an neuer Hoffnung. Den meisten Algeriern erscheint die erreichte Stabilität wichtiger als neue Freiheit.

DEMOKRATIE FÖRDERN

Der politische Umbruch in den meisten nordafrikanischen Staaten hat die Maßnahmen zur Demokratieförderung von Seiten der europäischen Staaten zu einer neuen Fokussierung gezwungen. Ökonomische und Sicherheitsinteressen können weniger denn je dafür herhalten, despotische Herrscher und autoritäre Regierungsformen zu tolerieren. Korruption und Unfreiheit auf der einen und Islamophobie auf der anderen Seite taugen weder als Grundlage noch als Rahmenbedingung künftiger Nachbarschaft. Gleichzeitig wird die „Generation 2011“ keine ephemere Erscheinung bleiben. Partizipative Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Soziale Marktwirtschaft, Meinungs- und Religionsfreiheit hingegen bilden die maßgeblichen Inhalte und die angemessene Grundlage künftiger Zusammenarbeit.

3 | Kamel Daoud, „Ein Gemüsekarren und ein Haufen Asche. Warum in Algerien die Revolution ausgeblieben ist“, *Le Monde diplomatique*, 09.03.2012, <http://monde-diplomatique.de/pm/2012/03/09.mondeText.artikel,a0042.idx,11> [15.06.2012].

Inwiefern sich Demokratisierungsprozesse dieser Art auch von außen fördern lassen, lässt sich weder vorhersagen noch verallgemeinern. Das Bemühen lässt sich aber in der Regel rechtfertigen und gut begründen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung (und andere deutsche Politische Stiftungen) haben in den vergangenen Jahrzehnten auch im Maghreb hierzu beachtliche Beiträge geleistet. Insbesondere in Tunesien und Marokko wurde die politische Entwicklung seit den 1980er Jahren von Seiten der KAS mit hunderten von entsprechenden Projekten begleitet. Jährlich setzten sich mehrere nationale Tagungen und internationale Konferenzen mit der Entwicklung rechtsstaatlicher Institutionen, den Aufgaben eines demokratisch gewählten Parlaments und freier Medien auseinander. Informations- und Begegnungsreisen nach Deutschland begleiteten diese Maßnahmen. Bereits in den 1980er Jahren unterstützte die KAS in Marokko die inhaltliche Überarbeitung des Handelsrechts und die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, die bis heute einen Schwerpunkt ihrer Arbeit bildet. Ihre Publikationen zu Themen des interkulturellen und interreligiösen Dialogs füllen im Dekanat der Faculté des Lettres der Universität von Rabat ein ganzes Regal. Weit über den Kreis ihrer Partnerorganisationen hinaus ist diese Arbeit auch in Regierungsinstitutionen und nationalen Dachverbänden bekannt. Über die langfristige Wirkung dieser Maßnahmen geben jedoch weniger die unmittelbaren Antworten im Anschluss Auskunft als vielmehr die gelegentlichen Erinnerungen an diese Maßnahmen von Personen, die seitdem Verantwortung tragen. Und von ihnen gibt es viele.